



WEITBLICK

JOURNAL DER BERGBAUBETROFFENEN



Das aktuelle Magazin des Landesverbandes der Bergbaubetroffenen Saar e.V.

Ausgabe Nr. 1/2005 1,50 €

INTERVIEW 2



Gemeinsam sind wir stark

Von Gerhard Ziegler ■ "Kein Bergbau mit Auswirkung auf bewohntes Gebiet" ist die zentrale Forderung, verankert in der Satzung des Landesverbandes der Bergbaubetroffenen Saar. Als Bürgerinitiative stehen wir mit dieser Maxime im Dialog, aber auch in der Auseinandersetzung mit Politikern auf lokaler, regionaler und Bundesebene. Die immer verheerenderen Auswirkungen des untätigen Kohleabbaus haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Akzeptanz des Bergbaus bei den Menschen, die mittelbar (durch Beben) oder unmittelbar (im Abbaugbiet) betroffen sind, immer geringer wird und dass wir Bergbaukritiker auch mehr politische Unterstützung finden – allerdings viel zu wenig oder gar nicht von verantwortlichen Regierungspolitikern in Bund und Land. Spricht man mit diesen, so kommt gebetsmühlenartig das abgedroschene Arbeitsplatz-Argument. Wer uns damit den Wind aus den Segeln nehmen will, stellt sich nur selbst das Amtszeugnis aus, nicht über den Tellerrand schauen zu können. Solange nicht der Mut aufgebracht wird, klare politische Konzepte für eine mögliche rasche Änderung der Energieversorgung in der Bundesrepublik vorzulegen und

umzusetzen, hat es der Bergbaubetreiber leicht, sich zurückzulehnen und abzuwarten. Ich halte RAG und DSK für betriebswirtschaftlich kompetent. Das müssen sie sein, denn es gelingt ihnen seit Jahrzehnten, die jeweiligen Bundesregierungen von der Notwendigkeit jährlicher Milliarden-Subventionen zu überzeugen. Ein solches Unternehmen hat mit Sicherheit Pläne in der Schublade, wie man mit anderen Mitteln und auf anderen Wegen zur Energiesicherung beitragen kann, wenn der Kohleabbau in der Bundesrepublik kurzfristig beendet wird. Aber solange von der Politik kein Druck auf RAG und DSK ausgeübt wird, brauchen diese ihre Pläne nicht auszupacken und können weiterwursteln und weiterjammern. Die verbalen Attacken der IGBCE-Funktionäre gegen die saarländische Landesregierung („Arbeitsplatz-Vernichter“ u. a.) sind nur Scheingefechte, denn Ministerpräsident Müller ist mit seinem wirtschaftspolitischen Konzept Garant für einen Bergbau im Saarland bis zum bitteren Ende – ein „Gleitflug“ bis ans Ende der Landebahn. Dieser fehlende politische Druck ist auch bei der Funktion und beim Funktionieren des Bergamts, der Aufsichtsbehörde für den Bergbau, zu erkennen.

BEBENSITUATION 4



Gemeinsam sind wir stark



DEMONSTRATION 7



SCHÄDEN 8



AKTIONEN 9



Betrachtet man die beängstigenden und zerstörerischen Auswirkungen des derzeitigen Kohleabbaus auf Mensch und Material im Abbaugbiet in Fürstenhausen und im Abbau- und Bebengebiet im Landkreis Saarlouis, so erwartet man von einer Aufsichtsbehörde, dass sie die Möglichkeit des Gemeinschaftschadens in Erwägung ziehen muss. Dies ist aber in unserem Land offensichtlich politisch nicht gewollt. So kann sich die Aufsichtsbehörde leicht mit dem Bergbaubetreiber solidarisieren. Die Beamten im Bergamt wissen, dass die DSK trotz der Subventionen wirtschaftlich am Ende wäre, wenn sie zum Schutz der Bevölkerung wirksame Auflagen (z.B. Blasversatz) erteilen würde.

Die Nähe des Bergamts zur DSK bekommen wir Betroffene immer wieder vermittelt. Anfragen an das Bergamt, die auch in der Öffentlichkeit durch Pressemitteilungen zur Kenntnis genommen werden, werden ignoriert. Schriftlich ans Bergamt eingereichte Zweifel an Aussagen zu Abbautechnik und -verfahren oder die Bearbeitung von Widersprüchen im Anhörungsverfahren werden zur Beantwortung an die DSK weitergegeben. Von den Beamten als Mitarbeiter einer Aufsichtsbehörde ist eigentlich die fachliche Kompetenz zu

erwarten, dass sie selbst ohne Schützenhilfe durch die DSK dies leisten können. So begeben sie sich in eine fatale, aber offenbar politisch geduldet, vielleicht sogar gewollte Abhängigkeit von dem zu Beaufachtenden. Ich habe in der Vergangenheit das Verhältnis von Bergamt zur DSK mit einer harmonischen Ehe verglichen. Dieses Bild ist falsch: Eine harmonische Ehe setzt in der Regel Gleichberechtigung voraus, sonst ist die Harmonie eine unechte. Ich glaube, die Beziehung des Bergbaubetreibers und seiner Aufsichtsbehörde ist hier besser mit dem Bild eines Puppenspielers mit seiner Marionette beschrieben!

Das Lavieren der Regierungspolitik und die Genehmigungspraxis des Bergamts erzeugen bei den Betroffenen Zorn und Resignation. Manche der Betroffenen sind auch gleichgültig oder optimistisch. („Es passiert schon nix!“) Der Landesverband der Bergbaubetroffenen und seine Mitglieder verstehen sich als ein Motor für eine bessere Energiepolitik und –versorgung. Resignation, Gleichgültigkeit und falscher Optimismus sind dabei der Rückwärtsgang, Zorn vielleicht der 1. Gang. Eine höhere Gangart ergibt sich aus vielen fachlichen und sachlichen Argumenten gegen den Kohlebergbau (Der 1. Gang ist aber hilfreich zum effektiveren Anfahren). [Fortsetzung Seite 2]

WEITBLICK REDAKTION

Liebe Leser und Leserinnen
des WEITBLICK,
liebe Bergbaubetroffene,

Von Peter Lehnert ■ "Weitblick", auf diesen Namen haben wir das neue Journal des Landesverbandes der Bergbaubetroffenen im Saarland getauft. Weitblick deshalb, weil wir einerseits den Blick nach vorne richten in der Hoffnung, dass die Vernunft über die singulären Interessen eines einzigen Unternehmens siegen wird, und andererseits, weil Weitblick auch Weitsicht bedeutet. Weitsichtiges Handeln haben die Bergbaubetroffenen immer gezeigt, gerade auch in der schwierigen Phase, als die Bergbau bedingten Erderschütterungen in unserer Region nicht mehr enden wollten. Die Aktionen des Landesverbandes und der einzelnen Interessengemeinschaften haben die Problematik des Kohleabbaus mit Auswirkungen auf bewohnte Ortslagen in den Mittelpunkt der Berichterstattung der Medien gebracht und dazu geführt, dass die IGAB endlich als umfassende Initiative von betroffenen und engagierten Bürgern und Bürgerinnen gesehen wird. Das Ziel, das wir alle verfolgen, ist kurz und knapp formuliert: STOPP! für den Kohleabbau mit Auswirkungen auf bewohnte Ortslage, STOPP! für ökonomisch wie ökologisch unsinnige Abbauvorhaben. Das neue Journal des Landesverbandes wird daher die Ereignisse kommentieren, aufklären und sich in die Arbeit der örtlichen Interessengemeinschaften (IGAB) einbringen. Für Anregungen und Ideen sind wir dankbar. Bitte benutzen Sie einfach das Online-Portal des Landesverbandes unter der bekannten Internetadresse www.igab-saar.de für die schnelle und direkte Kommunikation mit uns. Oder schreiben Sie uns:

Landesverband der Bergbaubetroffenen
Saar e.V.
Redaktion WEITBLICK
Kapellenstraße 47a
66809 Nalbach
Mail: redaktion@igab-saar.de

KURZMELDUNG



Die Schäden, die durch den Bergbau unter bewohnter Ortslage hervorgerufen werden, sind in den betroffenen Orten überall sichtbar. Die Kirche in Falscheid zeigt zentimeterbreite Risse auf, die unmittelbar auf den Kohleabbau zurückzuführen sind. Auch andere Kirchen und Denkmäler sind in Mitleidenschaft gezogen und werden durch den Bergbau zerstört.



[Fortsetzung von Seite 1] Wir, als unabhängige Bürgerinitiative, haben nicht die Millionen Subventionsgelder, die die DSK für Akzeptanzwerbung einsetzt. Wir können aber auf uns aufmerksam machen, wenn wir kreative, medienwirksame Protestaktionen durchführen, bei denen Tausende Bergbaukritiker dabei sind. Es gilt, diejenigen, die resigniert haben und diejenigen, denen statt Teilnahme an IGAB Veranstaltungen Einkäufen gehen und Rasen mähen wichtiger sind (also die mit dem Rückwärtsgang!), zu überzeugen, dass sie weniger Angst, Stress, Sorgen und finanzielle Einbußen wegen des Bergbaus haben, wenn sie sich an den Aktionen beteiligen. Politiker, die ihre Ämter mit Lust und Laune ausüben, sind vom Wählerwillen und -verhalten abhängig. *Gemeinsam sind wir stark!*

Gerhard Ziegler, Vorstandssprecher

FÜRSTENHAUSEN - WIE DER BERGBAU ALLES ZERSTÖRT HAT



"Es darf kein zweites Fürstenhausen im Saarland geben!" (Manfred Jost)

Von Gerhard Ziegler ■ Man muss die Schäden in Fürstenhausen einfach einmal gesehen haben. Ob man mit dem Auto durchfährt oder wirklich zu Fuß diesen Ort erkundet - überall sieht man die Auswirkungen des Bergbaus. Viele Betroffene sind aus dem Ort weggezogen, viele haben dem permanenten Stress nicht Stand gehalten, haben kapituliert und sind gesundheitlich angeschlagen. Einzelne Straßen sind leer und von der DSK aufgekauft worden. Wir fragten Manfred Jost zur aktuellen Situation.

Weitblick:

Herr Jost, seit fast 20 Jahren setzen Sie sich für die Belange der Bergbaugeschädigten in Fürstenhausen und im gesamten Saarland ein. Wie hat sich in dieser Zeit Fürstenhausen verändert?

MJ:

Ich glaube, nirgendwo in der gesamten Bundesrepublik gibt es eine vergleichbare Situation. Nirgendwo sonst hat jemals ein Industrieunternehmen derart enorme Sachschäden verursacht, soziale Strukturen aufgelöst, Gesundheit und Leben einer ganzen Bevölkerung nachhaltig zerstört. Hunderte von Menschen mussten Fürstenhausen, das in den Jahren des Kohleabbaus 8 Meter tiefer gelegt wurde, verlassen, mussten sich verstreut im ganzen Land eine neue Heimat suchen, sind enturzelt. Viele Menschen sind ernsthaft erkrankt, überleben nur durch ständige medizinische Betreuung, sie haben ihren Lebensmut, einige sogar ihr Leben durch einen jahrzehntelangen Terror verloren.

Weitblick:

War das Ausmaß dieser Schäden bei Abbaubeginn für das Bergamt und die Betroffenen absehbar?

MJ:

Für die Betroffenen sicherlich nicht, bei den Bergbehörden bin ich mir da nicht so sicher. Ich glaube die saarländischen Behörden haben genau gewusst, was auf Fürstenhausen zukommt, ebenso wie das Unternehmen. Denn weder heute noch vor 20 Jahren war ich mit hellsehertischen Kräften ausgestattet. Bergbau fand angeblich in Fürstenhausen nicht statt, von möglichen Einwirkungen überhaupt keine Rede. Deshalb vergesse ich nie den Herbst 1985, als mich Insider unter der Hand informierten, dass die damaligen Saarbergwerke etwas planten, was für Fürstenhausen in einer Katastrophe enden werde. Für mich Anlass, viele kritische Fragen an das Unternehmen zu richten. Als ich dann sah, wie die Saarbergwerke diese möglichen Folgen verniedlichten, mich selbst als Schwarzmalerei, als Horrorregisseur diskreditieren, erwachte mein Kampfesgeist, der mich bis heute nicht verlassen hat.

IGAB Nalbach Wecheln Sie heute noch auf Ökostrom:
Empfehlung: EWS Schönau www.ews-schoenau.de

Elektrizitätswerke SCHÖNAU

INTERVIEW MIT MANFRED JOST FÜRSTENHAUSEN

„Es darf kein weiteres Fürstenhausen im Saarland geben!“ Fortsetzung



Weitblick:
Welche rechtlichen Schritte hat die Bergschadensgemeinschaft in all den Jahren unternommen, mit welchen Erfolgen?

MJ:
Gegen jede einzelne Abbaugenehmigung sind wir rechtlich vorgegangen. Leider haben uns unsere Widersprüche vor den Bergbehörden und Verfahren vor den saarländischen Verwaltungsgerichten nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Jetzt, wo der Abbau beendet ist, sind wir bis zum Bundesverwaltungsgericht vorgezogen und dies obwohl das saarländische Oberverwaltungsgericht eine Revision nicht zulassen wollte. Das BVG in Leipzig hat nach intensiver Prüfung die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes aufgehoben. Dies war sicherlich eine schallende Ohrfeige für die Richter in Saarlouis. Fürstenhausen hat sicherlich Geschichte geschrieben. Denn durch unser Verfahren hat auf europäischer Ebene die Umweltverträglichkeitsprüfung im Bergrecht Einzug gehalten. Bergbauliche Zulassungen werden nicht mehr im gebundenen Verwaltungsverfahren sondern durch Planfeststellungsbeschluss zugelassen. Vielleicht gelingt es uns ja mit dem in Leipzig anhängenden Verfahren neue Maßstäbe zu setzen.

Weitblick:
Die DSK rühmt sich immer im Hinblick auf ihre Schadensregulierung, dass über 90% der Geschädigten mit der Regulierung zufrieden sind. Ist das auch Ihre Erfahrung?



MJ:
Schadensregulierung der DSK wird in der geschichtlichen Betrachtung sicherlich einmal als schwarzes Kapitel wahrgenommen. Denn nirgendwo sonst werden Menschen so entwürdigt, müssen um eine sachgerechte Entschädigung kämpfen, sind oftmals in der Ausein-

-andersetzung mit Ignoranz und Arroganz die Verlierer. Häuser, die über Jahrzehnte ihren Zweck als Familienmittelpunkt erfüllten, wurden plötzlich durch die DSK als Ansammlung von Baumängeln kategorisiert. Dass das entsprechende Haus durch bergbauliche Einwirkungen mehrere Meter abgesenkt worden war, blieb hierbei ohne Belang. Hinzu kommt, dass die DSK durch ihre laufende Gutachten- und Auftragsvergabe immer wieder Verbündete findet, die bereit sind nach dem Motto: „Des Brot ich ess, des Lied ich sing“ dem Unternehmen unter „die Arme zu greifen“. Wenn es dann um die „Regulierung“ menschlicher Schäden geht, also um die gesundheitliche Situation von Mitbürgerinnen und Mitbürger, zeigt die DSK sich mit ihrem wahren Gesicht. Da erdreisten sich Unternehmensjuristen aus dem fernen Herne, Menschen, die dieses Werk der Zerstörung nicht mehr ertragen und nur mit regelmäßiger medizinischer Unterstützung überleben mitzuteilen, dass Bergbau nicht krank macht. Das ist mehr als Menschenverachtend!!!!

Weitblick:
Nachdem in den letzten Jahren viele Fürstenhausener ihre Häuser durch Abriss verloren haben oder entnervt weggezogen sind, liest man jetzt von Plänen, dass ein neues Wohngebiet erschlossen werden soll. Die DSK behauptet, dass es in 2 – 3 Jahren in Fürstenhausen keine Schäden mehr geben wird. Teilen Sie diese Einschätzung?

MJ: Ich will keine neuen negativen Szenarien an die Wand malen, gehe aber davon aus, dass Fürstenhausen noch Jahrzehnte an den Wunden lecken wird, die unverantwortliche Unternehmensmanager, Hand in Hand mit einer willfährigen Administration, hier geschlagen haben. Sicherlich wird man an dem einen oder anderen Ort in wenigen Jahren ein neues Haus errichten können. Um Fürstenhausen allerdings systematisch wieder aufzubauen wird wohl ein ganzes Jahrzehnt vergehen. In Fürstenhausen ist eine ganze Generation um ihr Lebenswerk betrogen worden. Leider.

Weitblick: Herzlichen Dank für das Gespräch

BEBEN SOLIDARITÄT AUS DER FERNE

[bm] Während manche Zeitgenossen teilweise aus Unkenntnis keinerlei solidarische Empfindungen zeigen, tut es den Betroffenen direkt wohl, wenn es auch weiter entfernt Menschen gibt, die den unter den Folgen des Steinkohle-Abbaus leidenden Mitbürgern ihr Mitgefühl ausdrücken.

Als Beispiel soll nachfolgend aus einem Brief zitiert werden, den ein 92-jähriger Mann aus Homburg im Mai an einen Eidenborner Einwohner geschrieben hat:

„Lieber Rudolf,
die Erderschütterung von 3,5 gestern ließ mich spontan wieder einmal an Dich denken - und an den Kummer, den Dir diese Ereignisse bereiten.
Mit Naturkatastrophen kann man vielleicht noch leben, ohne im Innersten aufgewühlt und vom Ärger zermürbt zu werden. Aber von Menschen verursachte Ärgernisse, die man für vermeidbar und im Grunde für sinnlos erkennt, die man allem Bemühen zum Trotz aber nicht abstellen oder ändern kann, das wurmt und nagt an der Seele.

Darum ist die Empörung der betroffenen Bevölkerung - und somit auch Deine eigene - sehr gut zu verstehen. Es ist ja nicht damit getan, daß eventuelle Schäden an Häusern ausgebessert oder vergütet werden. Es ist einfach das Lebensgefühl, die Sorge um Haus und Heimat, die betroffen und verletzt sind. Dafür auf die Barrikaden zu gehen, ist nur zu verständlich.

Und ein Mann Deiner Gemütsart und Einstellung zu Heim und Heimat erlebt all das ja sicher noch intensiver und schmerzlicher.
Deswegen habe ich bei der gestrigen Meldung sofort an Dich denken müssen. "

[Quelle: IGAB Portal des Landesverbandes www.igab-saar.de]

Anmerkung der Redaktion: wir werden auch in Zukunft noch stärker als bisher die Empfindungen und Meinungen der Bergbaubetroffenen im "Weitblick" berücksichtigen. Wenn Sie Internetzugang haben, dann mailen Sie uns einfach. Unter www.igab-saar.de im Bereich IHRE MEINUNG oder schreiben Sie uns einen Brief (Adresse im Impressum).

BEBEN UND BABYS



Ein Aspekt, der in der Diskussion um die gesundheitlichen Auswirkungen durch Bergbau bedingte Erschütterungen wenig beachtet wird, ist die Frage, inwieweit Schwangere durch die ständigen Erschütterungen geschädigt werden. Seriöse Untersuchungen, die im Zusammenhang mit den Belastungen für Schwangere am Arbeitsplatz erstellt wurden, belegen, dass selbst bei geringen Erschütterungen mögliche Schäden auftreten können. Die Gefahren durch permanente Erdschütterungen sind also nicht zu vernachlässigen. Die Politik hat sich bisher mit diesem Thema nicht beschäftigt. Aus Sicht der Bergbaubetroffenen wird es höchste Zeit, dass sich dies ändert.

BEBENFONDS



Die Gemeinde Nalbach hat auf der Primmsbrückendemo angekündigt, einen Fonds einzurichten, aus dem die Bergbaubetroffenen eine finanzielle Hilfestellung erhalten können. Dies ist ein erster und wichtiger Schritt im Hinblick auf die anstehenden Verfahren vor der Schiedsstelle. Über 1.800 persönliche Einwendungen wurden von Bergbaubetroffenen in der Gemeinde Nalbach eingebracht.

RECHTLOS



Sofortvollzug: Was geschieht, wenn das Bergamt Saarbrücken den Sofortvollzug für den Abbau in der Primsmulde anordnet? Dann kann die DSK mit dem Abbau beginnen, ohne dass es für die Bergbaubetroffenen eine rechtliche Möglichkeit gäbe, dies zu verhindern. Das zeigte dies bisherige Praxis.

IGAB SPORTLICH



Dillinger Stadtlaf – IGAB war mit fast 40 Läuferinnen und Läufern erfolgreich dabei. Die Beteiligung der IGAB, die maßgeblich von Werner Lehnert organisiert wurde, war ein voller Erfolg. Große Beachtung fanden die IGABlerInnen, die als geschlossene Formation an den Start ging. Das weiße T-Shirt mit der rot durchgestrichenen Kohle machten großen Eindruck auf die anderen LäuferInnen und natürlich auf die vielen Zuschauer, die sich an der Laufstrecke eingefunden hatten. Auch beim diesjährigen Litermont Straßenlauf in Nalbach im Herbst werden sich die IGABlerInnen beteiligen.

SPRECHSTUNDE



Die IGAB Nalbach, Interessengemeinschaft zur Abwendung von Bergschäden e.V., bietet seit Ende August Informations- und Beratungstermine an. Die IGAB sieht sich aufgrund einer Vielzahl von Nachfragen durch Betroffene in der Verpflichtung, nicht nur für die Mitglieder der IGAB diese Leistungen anzubieten. Die Beratungstermine werden im Ortsanzeiger bekannt gegeben. Informationen erhalten Sie bei der IGAB Nalbach.

IN EIGENER SACHE

Der Landesverband der Bergbaubetroffenen betreibt seit einem Jahr mit www.igab-saar.de ein Onlineportal, in dem man auch in einem Forenbereich diskutieren kann. Nachdem sich der Ton in einzelnen Foren mangels Respekt der definierten Spielregeln verschärft hatte, mussten die verantwortlichen Administratoren gezielt Beiträge aus den Foren löschen. Dies gebietet die gesetzliche Situation, die den Betreiber eines moderierten Portals verpflichtet, auf die Inhaltsäußerungen der Teilnehmer/-innen zu achten.

DIE POLITIK DES BERGBAUS IM SAARLAND - STELLUNGNAHMEN



Die Parteien im Saarland haben ganz unterschiedliche Meinungen zum Ende des Bergbaus – wir haben nachgefragt

Von Gerhard Ziegler



Stopp dem Kohleabbau im Saarland!

Liebe Bergbaubetroffene,
„Stoppt die Zerstörung unserer Häuser“ ist die zentrale Forderung, die die FDP Saar leitet.
Wir haben es im letzten September mit Ihrer Hilfe geschafft, in den Landtag des Saarlandes einzuziehen. In den ersten zehn Monaten hat die Fraktion 11 Anfragen und Anträge erarbeitet, die die Verbesserung der Situation der Bergbaubetroffenen zum Inhalt hatten. Die 6 in den Landtag eingebrachten Anträge hat das Parlament entweder blockiert oder in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Dabei sind die physischen und psychischen Belastungen, die sich für die betroffenen Bewohner aus den fortwährenden Beben ergeben, nicht weiter hinnehmbar. Auch die Sprengungen von Sandsteinbänken führten zu keiner Besserung. Unverändert kommt es zu schwerwiegenden Erdschütterungen. Für die Anwohner wird die Situation in zunehmendem Maße bedrohlich bzw. lebensfeindlich. Durch die vielen Erschütterungen besteht die Gefahr, dass Gas aus Leitungen austritt und Gebäude durch Senkungen unbewohnbar werden, die Schadensregulierung ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Ziel einer verantwortungsbewussten Politik muss es daher sein diese katastrophale Situation zu beenden. Jetzt droht außerdem die Genehmigung des Abbaus in der Primsmulde Süd durch die Landesregierung. Nur sie kann noch verhindern, dass der Sonderbetriebsplan bewilligt wird.

Deshalb geben wir auch nicht auf! Trotz der Blockadehaltung durch die Landesregierung und durch Rot-Grün in Berlin kämpft die FDP Saar weiter! Wir kämpfen weiter mit aller Kraft dafür, den Kohleabbau im Saarland endlich zu beenden. Eine Beteiligung an der kommenden Bundesregierung ist der nächste von vielen Schritten, die wir gehen müssen, um den Abbau im Saarland zu stoppen und Ihre Rechte endlich durchzusetzen. Diese Schritte möchten wir auch weiterhin gemeinsam mit Ihnen gehen. Damit Sie endlich in Ruhe leben können!

Anzeige

Elektrizitätswerke SCHÖNAU

Ulrich Commerçon
(stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag):

„Wir als SPD-Landtagsfraktion haben großes Verständnis für die von bergbaubedingten Erschütterungen betroffenen Menschen. Wir sind uns also der Problematik des Abbaus von Kohle unter bewohntem Gebiet durchaus bewusst und bedauern die in diesem Zusammenhang aufgetretenen Erdschütterungen.“

Die Verunsicherung der Menschen, die in den entsprechenden Gebieten leben, ist für uns verständlich und nachvollziehbar. Daher sind wir der Auffassung, dass alles getan werden muss, um den Betroffenen schnell und unbürokratisch Hilfe zukommen zu lassen. Wir müssen und werden aber auch die beschäftigungs-, wirtschafts- und energiepolitischen Aspekte im Auge behalten. Bergbau trägt in wesentlichem Maße zum Wachstum unserer Wirtschaft bei. Tausende von Menschen finden in diesem Bereich Arbeit. Alles in allem wären bei einem Abbaustopp im Saarland nicht nur die Arbeitsplätze in den Bergwerken und bei den Zulieferern, sondern auch die dazugehörigen Familien tiefest betroffen. Damit wären zwischen 30.000 bis 40.000 Menschen in ihrer Existenz bedroht. Dies ist eine Gefahr, die kein verantwortungsbewusster Bürger fördern möchte. Der Bergbau in Deutschland und speziell in unserem Bundesland gibt zahllosen Menschen Lohn und Brot, so dass eine Schließung der Werke katastrophale Folgen für die soziale Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätte. Darüber hinaus hat die Kohle gerade in jüngster Zeit wieder spürbar an Bedeutung gewonnen. Sie ist konstitutiv für die Energiegewinnung insgesamt. Angesichts explosionsartiger Steigerungen der Weltenergiepreise ist heimische Kohle unverzichtbar für die nationale Rohstoffsicherheit. Der Rohstoff Kohle steht auch in enger Verbindung mit den weiterverarbeitenden Industrien sowie mit der

Energieversorgung vieler privater Haushalte. Dies sind zusätzliche Aspekte, die die Abhängigkeiten der hiesigen Industrien und der Menschen von der Kohle untermauern. Daher wäre ein Verzicht auf dieses Naturprodukt nicht sinnvoll.

Zusammenfassend bedeutet dies, dass wir großes Verständnis für die von den Erdschütterungen betroffenen Bürgerinnen und Bürger haben; ebensolches Verständnis haben wir aber auch für Bergleute, die in ihrer Existenz bedroht sind. Wir als SPD-Landtagsfraktion setzen uns dafür ein, dass ein gerechter Ausgleich zwischen beiden Parteien gefunden wird. Dabei verweisen wir aber auch immer wieder auf die unschätzbare Bedeutung der Kohle für den Standort Saar: Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum, Energieversorgung.“



Die deutsche Steinkohle ist in den letzten Jahrzehnten von einer Quelle des Wohlstands zu einer Quelle ständiger Belastungen geworden. Die bei ihrer Ausbeutung entstehenden Lasten sind vom Wert des Geförderten längst nicht mehr gedeckt. Ein Ende des volkswirtschaftlichen Unfugs ist längst überfällig.

Die saarländische Landesregierung möchte dieses Ende auf den St.-Nimmerleinstag verschieben. Ihre Parole vom baldigen Auslaufen des Bergbaus ist ein reines Lippenbekenntnis. Bis heute verweigert sie es, konkrete Zeiträume dafür zu nennen. Sie vertritt einseitig die betriebswirtschaftlichen Interessen des Bergbaus - auf dem Rücken der Betroffenen. De facto herrscht an der Saar eine Große Koalition der Bergbaubefürworter.

Dem gegenüber fordert Bündnis 90 / DieGrünen Saar den schnellstmöglichen Ausstieg aus der saarländischen Steinkohlenförderung.

[weiter nächste Seite]

DIE POLITIK IM SAARLAND ZUR KOHLE

(Fortsetzung Bündnis Grüne):
Als Sofortmaßnahme muss der Abbau unter bewohntem Gebiet gestoppt werden, denn er ist für die Betroffenen mit erheblichen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen verbunden, die vom Bergrecht und den politischen Verantwortlichen nicht im ausreichenden Maße berücksichtigt werden. In der Vergangenheit hat die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag die Regierung des Saarlandes immer wieder gedrängt, einen Rechtshilfefonds mit Mitteln auszustatten. Er soll es den Geschädigten ermöglichen, ihre berechtigten Interessen gegen eine übermächtige DSK durchzusetzen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Betroffenen adäquate Wiedergutmachung für die Schäden, vor allem an ihren Häusern, erhalten.

Nach der Überzeugung von Bündnis 90 / Die Grünen Saar ist aber auch im Sinne eines nachhaltigen Strukturwandels für das Saarland ein sofortiger Kurswechsel in der Kohlepolitik geboten. Deshalb fordern wir ein generelles Auslaufen des Bergbaus bis 2010. Die massiven Finanzhilfen des Bundes müssen umgewidmet und im Interesse aller Saarländerinnen und Saarländer eingesetzt werden. Für die Bergleute sollen damit Vorruhestandsregelungen und Umschulungsmaßnahmen ermöglicht werden. Die verbleibenden Mittel sind im Sinne einer innovativen Struktur- und Wirtschaftspolitik so einzusetzen, dass das Saarland zukunftsfähig wird.

Hubert Ulrich, Bündnis 90 / Die Grünen Saar

CDU

Die CDU-geführte Landesregierung im Saarland tritt ein für ein sozialverträgliches Auslaufen des Bergbaus. So lange es Bergbau in Deutschland gibt, wird es einen unvermeidlichen Grundkonflikt geben um Schäden, die durch den Bergbau verursacht werden. Um diese Schäden möglichst gering zu halten und die Schadensregulierung möglichst bürgerfreundlich zu gestalten, hat die Landesregierung in den letzten fünfzehn Jahren zahlreiche Maßnahmen angeregt und durchgesetzt. Ein sofortiger Abbaustopp unter bewohntem Gebiet wäre für das Saarland gleich bedeutend mit einem sofortigen Ausstieg aus dem Bergbau. Dies würde zu einem Verlust Tausender Arbeitsplätze führen. Aus diesem Grunde sind die CDU-Landtagsfraktion und die saarländische Landesregierung von Anfang an für einen gleitenden und sozialen Ausstieg aus dem Bergbau eingetreten und werden an dieser Politik festhalten.

Klaus Meiser, CDU Saarland

DIE LINKE. PDS

Als Betroffener habe ich Verständnis für die Forderung „Kein Bergbau mit Auswirkung auf bewohnte Ortslagen“. Es ist jedoch auch klar, dass diese Maximalforderung nur durch eine vollständige Aufgabe des Bergbaus an der Saar möglich werden kann.

Der Bergbau ist im Saarland ein wichtiges Standbein. Hier arbeiten mehrere tausend Menschen. Hinzu kommen weitere zehntausend Arbeitsplätze, die direkt vom Bergbau abhängig sind und insbesondere moderne Bergbautechnik entwickeln. Das Ende des Bergbaus an der Saar wird von der Landesregierung mit aller Macht betrieben und nur noch die Frage weniger Jahre sein. Damit wird das Problem der Bergbauschäden teilweise vom Saarland in die anderen Bergbauregionen verlagert.

Die Linkspartei.Saar ist für den Erhalt und die Sicherung der Arbeitsplätze in der Bergbau-Branche und für ein zusätzliches Strukturanpassungsprogramm. Hierzu gehören zum Beispiel der Bereich der regenerativen Energieträger (biogene Kraftstoffe, Solar- und Windenergie) sowie deren Technologie.

Die Linkspartei.Saar will eine Reform des deutschen Bergrechts, damit vom Bergbau betroffenen Bürgerinnen und Bürger weitergehende Rechte bei der Planung und der Schadensregulierung erhalten. Die Reform sollte beinhalten, das Schäden wesentlich unbürokratischer und gerechter reguliert werden.

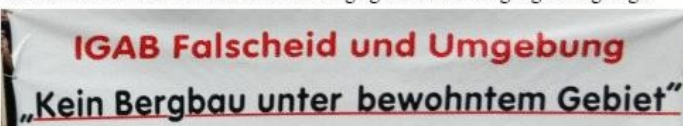
Freundliche Grüße

Hans Kurt Hill, Landesvorsitzender Die Linkspartei.Saar



Sucht die Politik wirklich nach Lösungen für den Ausstieg aus dem Kohleabbau? Einige Zweifel sind angebracht

Von Bernhard Mommenthal ■ Wenn man die politischen Statements der saarländischen Parteien liest, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass sich die bekannten Positionen trotz der zurückliegenden Ereignisse hier an der Saar eigentlich nicht geändert haben und man als Betroffener das Gefühl hat, im Regen zu stehen. Trotz der Beachtung, die das Thema "Abbaustopp" im Saarland und ausserhalb mittlerweile genießt, werden keine konkreten Ausstiegsszenarien durch die Politik aufgezeigt. Woran mag das liegen? Ist man mit dem Latein am Ende? Sieht man keine Chance für einen dauerhaften Strukturwandel, der die Situation des Kohleabbaus mit einbezieht? Oder will man gar kein Ende des Bergbaus, weil man damit gezwungen wäre, ganz neue Wege zu gehen? Aber vielleicht wird die jetzige Landesregierung von der Realität schneller eingeholt, wie es ihr lieb sein kann. Die Subventionskürzungen in anderen Bundesländern zeigen den Weg. Und die angekündigte flächendeckende Kürzung von Subventionen durch die Bundespolitik bedeuten auch, dass es den Bergbau treffen wird. Zudem gibt es im HartzIV-Land immer weniger Verständnis für den hochsubventionierten Bergbau, der das Ziel hat, langfristig "Bergbau ohne Bergleute" zu betreiben. Wer politisch in der Verantwortung ist, muss handeln – das ist eine Binsenweisheit. Wenn man Entscheidungen, die eine besondere Tragweite haben, aussitzen will, wird man scheitern, zu Lasten aller Beteiligten. Im Saarland haben schon zu viele zu lange gesessen. Bewegung ist angesagt.



SUBVENTIONEN

[bm] Der Steinkohlebergbau verschlingt Milliardenbeträge. Allein im vergangenen Jahr rund drei Mrd. Euro Subventionen. Der größte Teil des Geldes dient dazu, die deutsche Kohle gegenüber der billigen Importkohle wettbewerbsfähig zu machen und Arbeitsplätze zu sichern. Zwar gehen die Zuschüsse gemäß den Kohlevereinbarungen seit Jahren kontinuierlich zurück, stellen aber insgesamt immer noch eine Größenordnung für sich dar: 1996 waren es noch 5,2 Mrd. Euro, 2005 sind noch 2,7 Mrd. vorgesehen, in den Jahren danach entsprechend weniger. In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind insgesamt mehr als 100 Mrd. Euro in den Steinkohlebergbau geflossen. Für die Zeit von 2006 bis 2012 sind weitere ca. 16 Mrd. Euro an Fördermitteln geplant. Die Zahl der Beschäftigten ging im Zuge des Strukturwandels an Ruhr und Saar seit 1980 von 187 000 auf derzeit rund 40 000 zurück. Bis 2012 soll die Zahl der Beschäftigten auf etwa 20 000 sinken. Die Frage bleibt, wie lange sich ein Land diese Alimentierung noch leisten kann und die Gesellschaft dies akzeptiert. Denn Hartz IV gilt nicht für die Bergleute.

BERGBAUKOSTEN

[bm] Festhalten an Steinkohle verhindert 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze

30.000 zusätzliche Arbeitsplätze werden durch das Festhalten an den Steinkohlesubventionen verhindert. Bereits im Sommer 2003 veröffentlichte das Umweltbundesamt aktuelle Modellrechnungen zu den Wirkungen eines Abbaus der Steinkohlesubventionen vor. "Eine Förderung der energetischen Sanierung der Gebäude brächte bis 2010 sogar ein Plus von 30.000 Arbeitsplätzen - sechs Millionen Tonnen Kohlendioxid würden weniger ausgestoßen. Zugleich ließen sich negative ökologische und finanzielle Folgen des Bergbaus, wie etwa Bergsenkungen, vermeiden", so das Umweltbundesamt. Auch die vorgelegten Zahlen beeindrucken. So kommen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2001 für jeden Arbeitsplatz im Steinkohlebergbau rund 81000 Euro an Subventionen gezahlt wurden. Eine Abkehr von der Steinkohle würde den Kohlendioxid-Ausstoß um bis zu 50 Millionen Tonnen verringern. (Quelle und weitere Informationen: Umweltbundesamt)

SUBVENTIONEN

N Rat für NACHHALTIGE Entwicklung

[bm] Nachhaltigkeitsrat: Expertise - Soziale Wohlfahrt wäre ohne Steinkohlesubventionierung signifikant höher (Auszug)

Die über Jahrzehnte hinweg gezahlten Subventionen konnten weder die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Steinkohle wiederherstellen, noch den Kapazitätsabbau von Steinkohlekraftwerken verhindern. Stattdessen verzögerten sie den wirtschaftlichen Strukturwandel in den Bergbauregionen. Ohne diese Subventionen wäre die soziale Wohlfahrt signifikant höher, da es eine geringere Steuerbelastung und niedrigere Elektrizitätspreise gäbe und gegeben hätte.

SOLIDARITÄT



[bm] Der "Lauf der Solidarität", zu dem sich eine Vielzahl von Bergbaubetroffenen zusammenfanden, war ein Beispiel gelebter Solidarität. Von Fürstenhausen mit dem Fahrrad wurde das Feuer nach Dillingen an den Hafen gebracht, von dort mit Läufern nach Diefflen, und dann weiter mit der Kutsche nach Nalbach. Hier wurde das Feuer verteilt und am Tag der Primsbrückendemo wieder von den IGAB-Läuferinnen aus den Orten zurückgebracht, um abends im Rahmen der Brückendemo als Symbol für den gemeinsamen Widerstand gegen den Bergbauterror beachtet zu werden.

KRITERIENKATALOG



[sz] Der neue, von der DSK vorgelegte Kriterienkatalog, der zur Beurteilung von Bergbau bedingten Schäden und deren Regulierung herangezogen werden soll, wurde vom Landesvorstand begutachtet. Nach der ersten Sichtung steht bereits jetzt fest, dass dieser Katalog keine Verbesserung der Situation für die Bergbaubetroffenen bringt. Der Katalog enthält kaum nachvollziehbare Kriterien und Zahlenwerke, die eine Beurteilung erschweren. Er wird wohl eher dazu führen, dass die unbefriedigende Situation der Schadensregulierung durch die DSK auch weiterhin festgeschrieben wird.

SORGENTELEFON

0800 – 10 10 204

Melden Sie hier auf jeden Fall Schäden, die Sie auf den Bergbau zurückführen. Wenn sich ein Gutachter ansagt, vorher IGAB fragen !!

DIE POLITIK DES BERGBAUS IM SAARLAND - STELLUNGNAHMEN



Die Beben – ein Trauerspiel ohne Ende ?

Das Bergamt und seine Verantwortung für die Betroffenen

(gz) Am 20. Juli 2005 morgens um 3:27 Uhr gab es das bisher stärkste Bergbau bedingte Beben. Die Erdbebenmessstation Straßburg maß eine Stärke von 3,5 auf der Richterskala. Noch am gleichen Tag schrieb Gerhard Ziegler, Vorstandssprecher der IGAB Falscheid und Umgebung, an den Leiter der Bergamts Hans-Alois Schmitt:

Guten Tag, Herr Schmitt,

auch in dieser Nacht wurden 10.000-e Menschen aus dem Schlaf gerissen, weil wir schon wieder von einem Bergbau bedingten Beben erschüttert wurden. Wie lange, Herr Schmitt, ist es für Sie eine Selbstverständlichkeit, dass wir diesen – von Ihnen mit zu verantwortenden – Terror noch ertragen müssen? Wie lange, Herr Schmitt, wollen Sie sich weiterhin als der Diener der DSK erweisen, indem Sie diese Firma hemmungslos und rücksichtslos Bergbau betreiben lassen? Ihre bisherigen „Auflagen“ erweisen sich immer wieder als wirkungslos. Aber das war ja Ihnen wie uns von vorn herein bewusst. Wann endlich, Herr Schmitt, werden Sie als Aufsichtsbehörde sich Ihrer Verantwortung gegenüber der hilflos ausgelieferten Bevölkerung bewusst und schützen uns vor diesen Attacken. Sie müssen sich bewusst sein, dass Sie es sind, der mit seiner Untätigkeit und Kumpanei mit der DSK den Menschen hier den Schlaf raubt und sie leiden lässt! Es kann durchaus sein, dass wir als Interessengemeinschaft Ihnen, Herr Schmitt, gleichgültig oder lästig sind. Anders kann ich es nicht interpretieren, dass Sie es nicht für nötig befanden, auf eines meiner Schreiben von Februar oder vom Juni dieses Jahres zu antworten. Aber inzwischen fordern unisono die Städte- und Gemeindeparlamente von Lebach, Saarwellingen und Nalbach und der Kreistag in Saarlouis ein Ende des Bergbaus unter diesen geologischen Bedingungen. Es wird Zeit, dass Sie so viel demokratisches Verständnis – auch das kann man von einem Beamten erwarten! – zeigen und die Forderungen dieser politischen Vertreter Ernst nehmen!

Im Namen der verängstigten und leidenden Menschen hier verlange ich einen sofortigen Bergbaustopp. Drücken Sie sich nicht vor Ihrer Verantwortung und drücken Sie sich nicht auch wieder vor einer Beantwortung meiner Fragen!

Ich grüße Sie. G. Ziegler, Vorstandssprecher

Eine Antwort hielt Herr Schmitt auch dieses Mal nicht für nötig!

BANANENREPUBLIK - AFFENTHEATER - MÄSSIGUNG

Die Vielzahl der Bergbau bedingten Erdbeben, die in der Region rund um Lebach, Schwalbach, Reibach, aufgetreten sind, führten zeitweise zu großer Hektik und Aktionismus. Manche Menschen glaubten sich in eine "Bananenrepublik" versetzt, da trotz der Heftigkeit der Beben erst viel zu spät der Abbaustopp für Flöz Grangeleisen verhängt wurde. Die Stimmung war aufgeheizt und wird es auch bleiben, da die Fortsetzung des Abbaus in Reibach, Schwalbach und der drohende Abbau in der Primsmulde anstehen. Der Landesverband und die Interessengemeinschaften vor Ort finden immerhin Gehör – die Öffentlichkeit registriert, dass die betroffenen Menschen nicht gewillt sind, sich kampflos dem Diktat der DSK zu unterwerfen. Daher werden auch weiterhin Aktionen der Bergbaubetroffenen für Aufmerksamkeit sorgen. HOPP, HOPP, HOPP - KOHLEABBAUSTOPP!



KOHLE - SCHÄDEN I



KOHLE - SCHÄDEN II



KOHLE - SCHÄDEN III



KOHLE - SCHÄDEN IV



BEBEN-MESSEN

Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz

http://www.lgb-rlp.de/frameset_erdbeben.html

Geologisches Institut der Universität zu Köln, Abteilung Erdbeben-Geologie/Bensberg

<http://www.seismo.uni-koeln.de/>

Universität Freiburg

www.lgrb.uni-freiburg.de/lgrb/

Seismologisches Zentralobservatorium Erlangen (SZGRF)

<http://www.szgrf.bgr.de/>

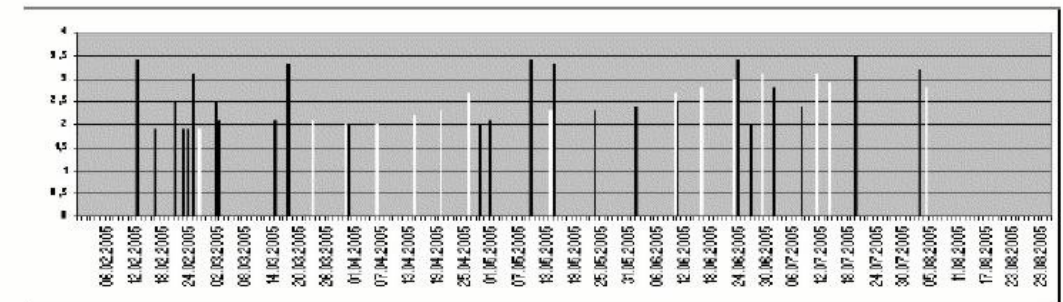
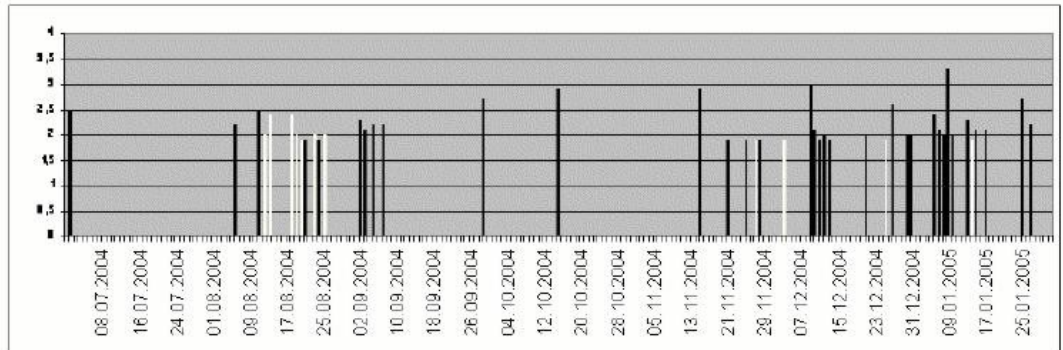
Straßbourg

<http://renass.u-strasbg.fr/NewServeur/Quake/>

DIE BEBENPROBLEMATIK - IM ZEITRAFFER

Hemmungslose Beben auf Teufel komm raus!

Anmerkung: die Grafiken auf diesen beiden Seiten zeigen die Bebenhäufigkeit und -stärken in den Flözen Schwalbach unter Lebach (schwarze Balken) und Grangeleisen unter Hülzweiler (weiße Balken) im Zeitraum vom 01.07.2004 – 31.08.2005. Datenbasis: Erdbebenmessstation Straßburg.



Von Gerhard Ziegler ■ „Bergbau bedingte Erschütterungen sind normale Begleiterscheinungen des untertägigen Kohleabbaus.“ Sätze wie diese gehen jedem DSK-ler heute locker über die Lippen. Das war hier im Saarland nicht immer so. Beben sind im Raum Heusweiler/Lebach schon seit 1993 zu verspüren. Damals ließen sich die Saarbergwerke allerdings noch per Gutachten bescheinigen, dass sie nicht die Verursacher seien. 1997 beim Abbau unter Reisbach gab der damalige Markscheider immerhin nach vier Monaten erstmalig zu, dass die Beben („die seismischen Ereignisse“) durch den Kohleabbau ausgelöst würden. 2000 - 2002 mussten die Menschen im Großraum Lebach beim ersten Abbau unter Falscheid 263 Beben mit einer Stärke von 2,0 – 3,3 auf der Richterskala aushalten. In den ersten dreizehn Monaten des erneuten Abbaus unter Falscheid waren es schon wieder 85 Beben mit einer Stärke von mindestens 1,9. 13 Beben hatten die Heftigkeit zwischen 3,0 und 3,5. Mit jedem Abbau im Flöz Schwalbach, aber auch im Flöz Grangeleisen, nehmen Stärke und Bebenschäden zu. Das Bergamt verschanzte sich hinter Expertenrunden, die wirkungslose „Auflagen“ (kontinuierlicher Abbau, verlangsamtes Fördertempo) erarbeiten. Die bisher einzige wirksame – auch in der obigen Grafik sichtbare – Maßnahme ist ein

freiwilliger Abbaustopp der DSK im Flöz Grangeleisen seit Mitte Juli bis Ende September 2005, also bis nach der Bundestagswahl. Ein Schelm, wer hier eine Gefälligkeit des Bergbaubetreibers gegenüber der Landesregierung vermutet!

Ohne die lautstarken Proteste der verängstigten und geschädigten Bevölkerung wäre dieser befristete Abbaustopp aber nicht zustande gekommen. Es zeigt, dass Bergbaukritiker sehr wohl Einfluss auf ein Abbauvorhaben nehmen können, wenn sie in Massen auftreten. Da nicht mit zu rechnen ist, dass die Beben aufhören, solange in den beiden Flözen Kohle abgebaut wird, werden sich die Betroffenen am gleichen oder am nächsten Tag um 18 Uhr vor dem Rathaus in Lebach treffen. Und je mehr Menschen kommen, desto erfolgreicher wird der Widerstand sein.

Es ist eine gute und hilfreiche Dokumentation der Beben, wenn Sie ein spürbares Beben bei den örtlichen Polizeiinspektionen melden. Probieren Sie es immer wieder, auch wenn die Leitungen überlastet sind. Aber blockieren Sie nicht die Notrufnummer 110! Melden Sie die Beben ruhig auch den Medien. Erwarten Sie aber weder von Medien noch von der Polizei Abhilfe. Das können diese nicht leisten. Es geht um die Dokumentation.



RÜCKBLICK IGAB IN AKTION

„Nur mit einem Maximum an Öffentlichkeit kann man Druck auf die Politik erzeugen“

Von Peter Lehnert, Pressesprecher des Landesverbandes

Mit einer Vielzahl von Aktionen haben der Landesverband der Bergbaubetroffenen und die lokalen IGAB'n auf die Situation des Kohleabbaus mit Auswirkungen auf bewohnte Ortslage hingewiesen. Die Aktionen sind Zeichen für die friedliche und kreative Form des Bürgerprotestes, mit dem auf die vielfältigen Aspekte des Kohleabbaus hingewiesen wird und versucht wird, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Denn der Kohleabbau betrifft alle - nicht nur die Menschen in den Abbaugebieten. Der Landesverband hat eine Vielzahl von öffentlichen Ereignissen mitgestaltet, organisatorisch vorbereitet und durchgeführt.

Die bedeutende Demonstration Ende 2004 in Saarbrücken, bei der namhafte Vertreter aus Politik vertreten waren, war durch die starke Präsenz von Dr. Franz Alt ein Höhepunkt des Protestes. Bei dieser Demonstration in Saarbrücken hat sich gezeigt, dass sich die Betroffenen solidarisch zeigen und in ihrem Interesse auch auf die Straße gehen.

Der Landesverband ist auch gefordert, wenn es in Ausschusssitzungen des Landtages oder auf Podiumsdiskussionen (wie in Saarlouis im Theater-am-Ring) um die Belange der Bergbaubetroffenen geht. Hierbei wird der Landesverband immer von den Delegierten aus den einzelnen lokalen IGAB unterstützt.

Auch die lokalen Interessengemeinschaften sind sehr aktiv. Gerade im Abbaugbiet um Lebach- Saarwellingen- Reisbach- Nalbach sind eine Vielzahl von Aktionen durchgeführt worden, die die Problematik des Kohleabbaus über das Saarland ins Bewusstsein bei Politik und Medien gebracht haben. Die Umbenennung der Gemeinde Nalbach in "Bebenbach", die Aktion "Affentheater" im Zuge der sogenannten "Mäßigungstreffen", die Teilnahme der IGAB-Läufer am Volkslauf in Nalbach, am Litermontauf, am Dillinger Firmenlauf, und natürlich die "Kohleaktionen" haben eine breite Öffentlichkeit bewirkt. Ob SR, SZ, ZDF oder Bildzeitung - mittlerweile ist die öffentliche und veröffentlichte Meinung im Hinblick auf den Kohleabbau differenzierter, objektiver und aktueller geworden. Dies ist ein Verdienst aller Bergbaubetroffenen!

Auch die jährliche „Primsbrückendemo“ hat zu dieser Öffentlichkeit beigetragen. Die Demonstration auf der Primsbrücke hat Tradition und ist für den Weitergang der Bemühungen zum Stopp des Kohleabbaus unter der Primsmulde entscheidend. Alle Interessengemeinschaften waren aufgerufen, sich an dem Bürgerprotest zu beteiligen. Das Echo war überwältigend. Über 2000 Menschen zeigten ihre persönliche Betroffenheit. Mit dem „Solidaritätslauf“ der Interessengemeinschaften am 18. Juli zeigte sich sehr deutlich, dass nur durch die Solidarität aller Betroffenen die Interessen aller auch beachtet werden. [Fortsetzung Seite 9]



Manfred Jost und Gerhard Ziegler bei der Übergabe des "Feuer der Solidarität"



Lothar Hoffelt, IGAB Nalbach, beim Empfang des "Feuer der Solidarität" in Nalbach



31.07. DEMO PRIMSBRÜCKE KÖRPRICH

19.00 AKTION & INFORMATION

20.30 Großkundgebung

Hauptredner: Dr. Gerhard Papke FDP, MdB, NRW

IGAB Nalbach Information: www.igab-saar.de

Stimmenschein:
 18.45 h ab Nalbach Hubertusplatz
 18.45 h ab Reisbach Dörmerweg
 19.30 h ab Bilsdorf Dorfstraße
 19.45 h ab Körprich Hiltendorfer Straße
 19.45 h ab Körprich Letbacher Straße

Veranstalter: Interessengemeinschaft zur Abwendung von Bergschäden Nalbach e.V.



KOHLEAKTION



Eine Vielzahl von Aktionen wurden vom Landesverband und den Interessengemeinschaften durchgeführt, um die Öffentlichkeit auf die Probleme, die mit dem Bergbau unter bewohnter Ortslage zusammenhängen. Nach allen Erdbeben trafen sich viele Betroffenen am Rathaus in Lebach, um dort ihren Unmut gegen die Politik und die Verantwortlichen der DSK kund zu tun. Spontane Aktionen folgten, wie z.B. die Autofahrten zu Ministerpräsident Müller, Herrn Hettrich vom Wirtschaftsministerium oder Herrn Bronder, dem Bergwerksdirektor. Dies waren immer friedliche Aktionen, die von der Polizei begleitet und koordiniert wurden. Solche Aktionen werden auch in Zukunft unerlässlich sein, um auf die gravierenden Auswirkungen des Bergbaus unter bewohntem Gebiet aufmerksam zu machen.

THEATER NACHLESE



Bei der von SZ und SR organisierten Podiumsdiskussion waren neben Vertretern der DSK und der IG BCE auch Manfred Jost vom Landesverband der Bergbaubetroffenen und Bürgermeister Patrik Lauer von der Gemeinde Nalbach anwesend. Wer dort war, konnte schon vor Beginn - und bereits vor dem Einlass - eine enorm angeheizte Stimmung feststellen. Die DSK-MitarbeiterInnen blockierten brav den Haupteingang, so dass die Polizei den Bergbaubetroffenen einen Nebeneingang freimachen musste. Aus mancher Hinsicht könnte man der Meinung sein, eine solche Veranstaltung ist zwangsläufig zum Scheitern verurteilt - aber, es kam eigentlich anders, als viele dachten. Die Beiträge von Herrn Lauer und Herrn Jost wurden zwar permanent mit großem Lärm seitens der Bergleute quittiert, doch am Ende war eigentlich jeder der Meinung, dass die Diskussion ein Punktetieg für die Bergbaubetroffenen war, die in der Minderheit waren und kaum zu Gehör kamen. Denn die Äußerungen der DSK und der IG BCE zu Bergschäden, Beben und der Entschädigungspraxis und den weiteren Abbauplänen waren entlarvend angesichts der sich schon damals abzeichnenden politischen Situation, die mehr denn je einen Auslaufbergbau wahrscheinlich macht.

MEINUNG

Was tun, wenn die Erde bebt? (leicht gekürzte Fassung aus www.igab-saar.de)

Man steht morgens um 5 Uhr auf und hat einen langen und anstrengenden Tag vor sich. Man geht auf die Arbeit, nach acht Stunden fährt man wieder nach Hause, man versorgt Haustiere, geht einkaufen, die Wäsche wird gewaschen, getrocknet, gebügelt, eventuell muss man noch zu Vereinssitzungen oder zu Familienfeiern. Völlig erledigt geht man meistens nach 22.00 Uhr und oft noch später ins Bett.

Und dann mitten in der Nacht wird man aufgeschreckt von einem Rauschen in den Ohren, man kennt das inzwischen schon so gut und trotzdem hat man Angst vor dem, was als nächstes kommt. Es gibt einen lauten Knall und die Erde beginnt zu beben. Die Wände scheinen auf einen zu zu kommen und der Schrank im Zimmer beginnt zu wandern, man fürchtet, dass Bilder von den Wänden fallen und die Gläser im Esszimmer oder der Küche das wohl nicht überleben. Aber was am allerschlimmsten ist, ist die Todesangst, die man ab dem Rauschen an durchleben muss. Wer es nicht erlebt hat, kann es sich nicht vorstellen, welche Ängste man in diesen unendlich langen Minuten ertragen muss.

Wenn es dann endlich vorbei ist, legt man sich nicht auf die andere Seite und schläft weiter, man steht auf stellt fest dass, es weit nach Mitternacht ist und fängt an, die Leute im Haus zusammenzutrommeln. Zunächst wird sichergestellt, dass niemandem etwas passiert ist und dann wird der Schaden begutachtet. Hier ein neuer Riss, da etwas, was umgestürzt ist, man entscheidet, dass es in der Nacht keinen Sinn macht, weiterzusuchen denn am Tag sieht man alles viel besser, zumal man ja auch nervös und ängstlich ist nach einem solchen Beben. [...]

Am nächsten Tag dann wo alles wieder von vorn beginnt, also wieder um 5.00 Uhr aufstehen obwohl man erst nach 3.00 Uhr wieder ins Bett ist und wieder 8 Stunden lang arbeiten und dann noch häusliche Verpflichtungen, da kommt noch dazu dass man nicht untätig zu Hause auf das nächste Beben warten will, man zieht sich also an und geht zu einer Kundgebung vor dem Rathaus, bei der die nächsten Schritte (friedliche Demonstrationen und Proteste) erläutert werden. Wann hat das endlich ein Ende?

[Anmerkung der Redaktion: vollständiger Artikel unter www.igab-saar.de]

RÜCKBLICK AUF EINE "BEWEGTE" ZEIT

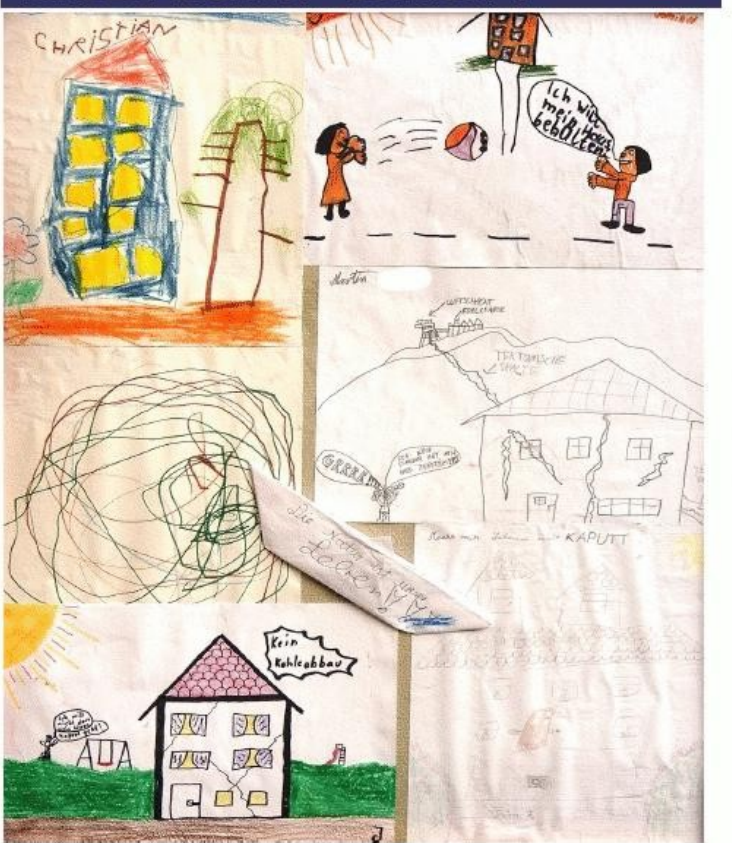


[Fortsetzung von Seite 8 Aktionen]

Von Fürstenhausen, dem Beispiel für einen hemmungslosen, unsinnigen und in seinen Auswirkungen skandalösen Bergbau, hat der Landesvorsitzende, Manfred Jost, ein Feuer der Solidarität an die Vertreter der lokalen IGABn übergeben. Dieses Feuer wurde von Fürstenhausen dann in die Orte getragen. Dort steht es als Symbol für den Zusammenhalt der Bergbaubetroffenen, die das Feuer zur Primsbrückendemo auf die Primsbrück bringen.

Information ist wichtig. Die Online-Plattform des Landesverbandes unter der Adresse www.igab-saar.de ist innerhalb eines Jahres zu einem unverzichtbaren Informationsmedium geworden. IGAB-SAAR.DE unterstützt die Arbeit der Interessengemeinschaften, die lokal ihre Öffentlichkeitsarbeit intensivieren, die Chance nutzen, sich im jeweiligen Ortsanzeiger einzubringen oder Flugblätter verteilen. Dies alles zusammen bewirkt etwas - es bewirkt, dass wir als Betroffenen zunehmend auf gleicher Augenhöhe mit den Verantwortlichen bei DSK/RAG und der Politik wahrgenommen werden.

KINDERPETITION - ZUKUNFT



Viele Kinder sind dem Aufruf der IGAB Nalbach gefolgt und haben ihre Vorstellung von friedlicher Zukunft im Primstal malend ausgedrückt. Die Bilder werden von der IGAB Nalbach gesammelt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Information: IGAB Nalbach: Peter Lehnert, Piesbach

IGB DILLINGEN

Schluß mit den bergbaubedingten Erdbeben !



Erste Hilfe - Vorgehensweise bei einem bergbaubedingten Erdbeben - Meine Rechte ... Folgende Punkte sollten Sie beachten:

1. Erstatten Sie bei jedem bergbaubedingten Erdbeben, das Sie als Hausbesitzer spüren, unmittelbar nach den Erschütterungen eine telefonische Anzeige bei der Polizei-Inspektion von Dillingen. Die Rufnummer der Polizei-Inspektion lautet 9970.

2. Setzen Sie sich unmittelbar nach dem Beben telefonisch mit der DSK in Verbindung und melden Sie mögliche Schäden unter der Telefonnummer 0800-1010204.

Wichtig ist, das Sie eine Schadensnummer von der DSK erhalten, damit Ihr Schaden registriert ist. (Wichtig für spätere Schadensregulierung).

3. Melden Sie sich bei dem Ansprechpartner der Stadt Dillingen für Bergschäden. Die Telefonnummer erfahren Sie bei der Zentrale der Stadt Dillingen unter 7090. In erster Linie ist die Stadt Dillingen für besorgte Bürger zuständig, von daher sollten Sie unbedingt auch den Kontakt mit deren Ansprechpartner suchen.

4. Setzen Sie sich mit unserer Interessengemeinschaft in Verbindung, damit wir vor Ort Ihre Schäden am Haus begutachten und fotografisch dokumentieren. Wir sind unter folgender Mailadresse für Sie erreichbar: igb-dillingen@web.de

Wir werden Ihr Haus komplett fotografisch dokumentieren und die Daten archivieren, damit ein Istzustand belegbar ist.

5. Unterstützen Sie aktiv Protestaktionen unserer Interessengemeinschaft und anderer bestehende Gruppen. Internet: www.igb-dillingen.de

